



Kern: Rechtliche Grundlagen für Handyverbote an Schulen sind ein Schritt in die richtige Richtung

Rechtssicherheit für Schulen und Lehrkräfte ist richtig, Regeln allein reichen jedoch nicht – Medienbildung ist entscheidend für verantwortungsvollen Umgang mit Smartphones.

Zum Vorhaben der Landesregierung, eine rechtliche Grundlage für ein Handy-Verbot an Schulen zu schaffen, sagt der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Das Vorhaben der Landesregierung, rechtliche Grundlagen für ein Handyverbot an Schulen zu schaffen und damit Rechtssicherheit für Schulen und Lehrkräfte zu gewährleisten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ebenso ist es begrüßenswert, dass die finale Ausgestaltung eines etwaigen Handyverbots die Schulen jeweils per Schulordnung festlegen können und somit Raum für individuelle Handynutzungskonzepte bleibt.

Sinnvolle Regelungen und rechtliche Grundlagen alleine sind jedoch nur ein Baustein. Es braucht insbesondere eine gezielte Medienbildung und Werteerziehung, damit die jungen Menschen einen verantwortungsvollen Umgang mit ihren digitalen Geräten lernen. Dafür müssen umfassende und regelmäßige Fortbildungen für die Lehrkräfte angeboten, die Lehrpläne angepasst und Mediendidaktik bereits in der Lehrkräfteausbildung fest und verbindlich verankert werden. Zudem brauchen wir endlich digitale Hausmeister an Schulen, um Lehrkräfte und Schulleitungen zu entlasten.

Alle Maßnahmen, die im Rahmen eines landesweiten und umfassenden Konzepts zur Digitalen Bildung umgesetzt werden sollten. Hier muss die grün-geführte Landesregierung dringend nachlegen.“